

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

5. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

10. März 2008

Standortentscheidung Emil-Abderhalden-Straße ist richtig

(sk) Die Landesregierung hat am 4. März die Standortentscheidung zum Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Zentrum (GSZ) der Martin-Luther-Universität bestätigt. Vorausgegangen war eine wirtschaftliche Plausibilitätsprüfung durch den Landesrechnungshof, in deren Ergebnis das Kultusministerium seine Berechnungen korrigierte. Danach liegen die Kosten für das Vorhaben in der Emil-Abderhalden-Straße in Halle ohne Erstausrüstung nunmehr bei 49,9 Mio. Euro.

„Trotz der höheren Errichtungskosten ist der favorisierte Standort weiterhin nicht nur zweckmäßiger, sondern auch wirtschaftlicher zu realisieren als der Alternativstandort Spitze“, so Kultusminister Olbertz. Der Rechnungshof hatte die überarbeitete Gesamtplanung für das Flächen- und Raumprogramm des GSZ an der Emil-Abderhalden-Straße nach den Neuberechnungen als „belastbar und nachvollziehbar“ bezeichnet, einschließlich der Ergebnisse eines Vergleichs mit den erwartbaren Kosten am Standort Spitze, die bei einem Bau in Eigenregie ca. 60 Mio. Euro ergeben hätten.

Ein wichtiger Grund liege in der Nachnutzung großflächiger Landesimmobilien, die nach dem Umzug der Landwirtschaftlichen Fakultät in den Campus Heide-Süd von Leerstand bedroht sind. Auch die Erhaltung und Nutzung des Parks hinter den landwirtschaftlichen Lehrgebäuden an der L.-Wucherer-Straße sei damit gesichert.

„Ausschlaggebend für die Standortwahl sind jedoch funktionale Gründe gewesen“, erklärte Kultusminister Olbertz. „In dem traditionellen Universitätsviertel an der Emil-Ab-

derhalden-Straße kann die Universität auf vorhandene und gut ausgebaute akademische Infrastrukturen wie die Universitäts- und Landesbibliothek, die Mensa Harz und das künftige Internationale Begegnungszentrum zurückgreifen. Insbesondere für die Leopoldina, die künftige Nationalakademie, ist das geisteswissenschaftliche Umfeld von Bedeutung“. Die Akademie hatte ebenso wie das Studentenwerk die Universität und den Kultusminister aufgefordert, den Standort Emil-Abderhalden-Straße zu erhalten und auszubauen. Auch der Wissenschaftsrat war diesem Standortvorschlag gefolgt. Ebenso hatte sich das Landesamt für Archäologie und Denkmalpflege für das Entwicklungsprojekt Emil-Abderhalden-Straße ausgesprochen.

„Die unterbrochenen Gespräche mit der Stadt Halle müssen jetzt zügig wieder aufgenommen werden“, so Minister Olbertz. Im Vorfeld der Bauvorhaben solle nun schnellstmöglich ein Architektenwettbewerb

ausgeschrieben werden.

Der Hochschulpolitische Sprecher unserer Landtagsfraktion Hendrik Lange erklärte hierzu: „Die nun nochmals bestätigte Entscheidung für den Standort Emil-Abderhalden-Straße ist richtig. Alle relevanten Partner vor Ort, von der Universität bis zum Studentenwerk, sind dafür. Auch für die neue Nationalakademie Leopoldina ist die Nähe des künftigen GSZ von großer Wichtigkeit. Erfreulich ist zudem, dass nun endlich das Kostenargument ein für allemal vom Tisch zu sein scheint. Endlich kann begonnen werden, was schon längst hätte erfolgen müssen: ein zügiger Planungs- und Baubeginn. Weiterer Verzug würde das ganze Projekt gefährden, weil die Frist zur Inanspruchnahme von Bundesmitteln aus dem Hochschulbauförderprogramm demnächst ausläuft. Nun ist auch die Stadt noch einmal gefragt, die anstehenden Grundstücksfragen zügig mit dem Land zu klären, um das Projekt nicht aufs Spiel zu setzen.“

Petra Sitte: Diätenerhöhung als monatliche Spende für soziale und kulturelle Zwecke

Mit der parlamentarischen Mehrheit der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD hat der Bundestag eine Diätenerhöhung für die Abgeordneten zum 1.1.2008 von 330,- Euro brutto beschlossen.

Die Linksfraktion hatte diese Diätenerhöhung geschlossen abgelehnt und entschieden, die Erhöhung für soziale und kulturelle Zwecke zu spenden. Die Hallenser Bundestagsabgeordnete Dr. Petra Sitte wird ihre Diätenerhöhung als Spende von je 100,- Euro monatlich an

- den Verein Kinder- und Jugendhaus e.V. Halle für ein Hausaufgabenprojekt
- den Kunstverein Talstraße Halle und
- die Willi-Sitte-Stiftung in Merseburg verwenden.

Darüber hinaus setzt Petra Sitte ihre bisherige Spendenpraxis fort. In den letzten Jahren sind mehrere Projekte und Vereine durch Geldspenden von Petra Sitte unterstützt worden.

Aus der letzten Stadtratssitzung am 27.02.2008

Unser Antrag - den Standort der Sekundarschule Zeitzer Straße mindestens noch ein Jahr dort zu belassen, konnte sich während der Diskussion zur Schulentwicklungsplanung nicht durchsetzen. Mit dem Beschluss des Stadtrates, wurde nun der Standort der letzten weiterführenden Schule auf der Silberhöhe vorübergehend in das ehemalige Friedengymnasium in der Kurt-Wüsteneck-Straße verlagert. Warum waren wir gegen diese vorübergehende Verlagerung? Es sprechen dafür mehrere Gründe: Die Eltern und Schüler, haben sich gegen diese Verlagerung ausgesprochen, weil sich damit für mehr als 200 Schüler die Schulwege verlängern. Das gewachsene Konzept der Zusammenarbeit des Freien Trägers Kinderschutzbund mit der Schule wird durch die Verlagerung arg belastet. Nicht geklärt ist die Weiterentwicklung der Gesamtsituation der Sekundarschulen im halleschen Süden. Wir finden es sehr positiv, dass mit der jetzigen Schulentwicklungsplanung die Sportsekundarschule und das Sportgymnasium an einem Ort - der Robert-Koch-Straße - zu finden sind. Das war auch ein Eltern- und Schülerwunsch! Damit kommt aber die o. g. Weiterentwicklung aller Sekundarschulen im halleschen Süden wieder ins Gespräch! Um zu entscheiden, welche Standorte in Zukunft auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung und Stadtentwicklungsplanung, die optimalen sind, hätten wir unseren Antrag gern als Handlungsauftrag gesehen! Immerhin redete man auch schon seitens der Verwaltung von einem evtl. Schulneubau. Und hier, so denken wir, muss man wirklich genau abwägen. Auch Überlegungen für eine Internationale Eliteschule - ggf. am Standort Kurt-Wüsteneck-Straße - waren schon in der Diskussion. Die

Schulentwicklungsplanung wird also auch in den nächsten Jahren eine spannende Diskussion bleiben!

Die Rettungsdienstgebührensatzung und verschiedene Bebauungspläne passierten den Rat ohne Diskussion.

Die Anfrage von Uwe Heft zum Hubschrauberlandeplatz Bergmannstrost wird erst in der nächsten Stadtratssitzung beantwortet. Die Vorlage zum Grundsatzbeschluss der Errichtung eines Sportzentrums Halle-Neustadt am Standort Nietlebener Straße wurde von der Tagesordnung genommen. Der Finanzausschuss hatte von der Verwaltung gefordert, die geplante Finanzierung konkret mit Zahlen zu untersetzen. Für die März Sitzung im Stadtrat ist die Entscheidung zum Stadion und der Ballsporthalle nun geplant!

Ein wenig Unruhe in der halleschen Bevölkerung gab es im Vorfeld der Stadtratssitzung zur Problematik der Schließung des Friedhofes in Halle-Neustadt. Frigga Schlüter-Gerboth sprach diesen Fakt in Form einer mündlichen Anfrage an und erhielt die Antwort, dass der Neustädter Friedhof nicht geschlossen werden soll, diese Aussage sei überholt. Die Anregung von Frigga, die „AG Friedhöfe“ zu aktivieren, wurde von der Verwaltung angenommen. Diese Arbeitsgruppe wird sich nun mit der Friedhofssatzung erneut beschäftigen und auch ggf. Vorschläge unterbreiten, ob ein Friedhof in der Stadt Halle geschlossen werden kann. Gegenwärtig unterhält die Stadt Halle (Saale) 14 kommunale Friedhöfe bzw. Friedhofsteile auf Kirchenfriedhöfen mit einer Gesamtfläche von 109 ha. Der öffentliche Bedarf an Grabstätten etc. ist jedoch nicht so groß (Flächen!). Über Neuregelungen oder Veränderungen muss also nachgedacht werden, weil die Erhaltung der

Friedhöfe natürlich auch öffentliche Gelder benötigt! Auch dieses Problem werden wir natürlich begleiten!

Ute Haupt, Stadträtin

Nebenan

SPD und Linke gemeinsam in Merseburg

Zur Oberbürgermeisterwahl am 24. Februar verlor der Kandidat der Linken, M. Finger, (Linkes Blatt Nr.2/08) gegen den Mitbewerber von der SPD mit nur 2 Stimmen!! Allerdings stimmten für den Amtsinhaber von der CDU mehr WählerInnen. So kommt es in der Kreisstadt Merseburg am 9. März zu einer Stichwahl zwischen dem Herausforderer von der SPD und dem Kandidaten von der CDU.

Zum Kreisparteitag der Linken im Saalekreis am 1. März sprach sich Genosse Finger für die Wahl des SPD-Kandidaten Eichner aus. Die Linksfraktion des Stadtrates und der Kreisvorstand der Partei schlossen sich dieser Empfehlung an.

Die Linke in Merseburg unterstützt den Kandidaten der SPD. Nach den jetzt üblichen Farbspielen heisst das: **Rot-Rot in der Kreisstadt** (wenn denn Kandidat Eichner die Stichwahl gewinnt). Eine meines Erachtens vernünftige Empfehlung ohne das Getöse anderswo. Die Entscheidung treffen die WählerInnen.

Werden die MerseburgerInnen Rot-Rot wählen?

G.Nau

Europa braucht direkte Demokratie DIE LINKE . im Europaparlament fordert das Referendum

Europa wächst zusammen

In der Europäischen Union haben sich inzwischen 27 Länder zu einer engen Kooperation zusammengeschlossen. Für fast 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union werden durch ein Zusammenwirken der europäischen Institutionen - dem Rat der Regierungen der Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission - gesetzliche Regelungen geschaffen, die alle gemeinsam betreffen. Für welche Lebensbereiche dies gilt und wie das Zusammenspiel der Institutionen funktionieren soll, wird in Verträgen festgeschrieben, welche die Mitgliedstaaten der Europäischen Union miteinander abschließen.

Die Unterzeichnung der Römischen Verträge durch Frankreich, Deutschland, Italien und die Benelux-Staaten läutete 1957 eine neue Epoche der europäischen Kooperation ein. Der erste Vertrag zur Gründung der Europäischen Union wurde 1992 in Maastricht geschlossen und 1997 durch den Vertrag von Amsterdam und im Jahr 2000 durch den Vertrag von Nizza verändert und erweitert. In den meisten Mitgliedstaaten wurde das Verhandlungsergebnis der Regierungen dabei lediglich durch eine Abstimmung in den parlamentarischen Kammern bestätigt. Nur Irland und Dänemark wagten es, für die vorgeschlagenen Verträge in einem Referendum um die Zustimmung ihrer Bürgerinnen und Bürger zu bitten. In beiden Ländern war das Ergebnis zunächst ein Nein. Für beide Länder wurden dadurch Nachbesserungen oder Ausnahmeregelungen in den Verträgen erwirkt, die den Menschen in Irland und Dänemark wichtig waren.

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger?

Als 2003 von einem Europäischen Konvent der so genannte „Verfassungsvertrag“ erarbeitet wurde, der die nächste Veränderung der Europäischen Union beschreiben sollte, wurde auch dieser zunächst einmal im Oktober 2004 feierlich durch die Regierenden unterzeichnet. Doch diesmal wollten noch mehr Regierungen eine Volksabstimmung wagen und hofften dabei auf einen eher zeremoniellen Effekt. In den elf Ländern Spanien, Luxemburg, Frankreich, Niederlande, Dänemark, Polen, Irland, Portugal, Schweden, Tschechien und Großbritannien wurden Referenden vorbereitet. In manchen Ländern wäre das Ergebnis bindend gewesen, in anderen zumindest ein Meinungsbild mit beratendem Charakter. In Spanien war das Ergebnis eine deutliche Zustimmung, in Luxemburg eine knappe, aber in den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden lehnte die Bevölkerung mehrheitlich den Vertrag in seiner vorgeschlagenen Fassung ab. Damit war der Vorschlag gescheitert. Die anderen Referenden wurden daraufhin abgesagt. In Deutschland war nie ein Referendum vorgesehen. Die Zustimmung wurde von Bundestag und Bundesrat beschlossen.

Für eine bessere Verfassung

Die Menschen in Frankreich und den Niederlanden waren nicht gegen Europa oder gegen die Idee einer europäischen Verfassung. Aber sie waren mit der Qualität des Textentwurfs nicht zufrieden. Besonders in Frankreich wurde die Sorge laut, dass durch den Vertrag soziale Errungenschaften in der Daseinsvorsorge gefährdet würden und eine neoliberale Wirtschaftspo-

litik und eine auf militärische Macht setzende Außenpolitik vertraglich festgeschrieben würden. Die Mehrheit der Menschen in Frankreich wünscht sich eine Europäische Union, die ihre sozialen Interessen beschützt - gerade im rauen Wind der wirtschaftlichen Globalisierung. Sie wünschen ein Europa, das sich als Friedensmacht profiliert, während andere nach einem weltweiten Krieg gegen Terrorismus schreien und das sich als handlungsstark für den Umweltschutz und gegen den drohenden Klimawandel erweist. Die Diskussion in Frankreich über den Vertragstext war sehr intensiv und ein Musterbeispiel für eine direkte demokratische Beteiligung. Im Ergebnis hat der vorgeschlagene Text den Ansprüchen nach Überzeugung der Bürgerinnen und Bürger nicht genügt.

2008: Der Lissabon-Vertrag

Nach zwei Jahren Bedenkzeit war die Antwort der Regierenden auf die Ablehnung des Verfassungsvertrages eine leichte Modifikation des Textentwurfs und seine Umbenennung in den so genannten „Reformvertrag“ von Lissabon. Im Dezember 2007 wurde er von den Regierenden unterzeichnet und 2008 soll diese Unterschrift in allen Mitgliedstaaten bestätigt werden. Doch weder Frankreich noch die Niederlande wagen es, für den kaum veränderten Text erneut nach der Zustimmung ihrer Bevölkerung zu fragen. Die portugiesische Regierung wollte zunächst ein Referendum, wurde jedoch von der deutschen und anderen Regierungen überzeugt, es wieder abzusagen. Die Europaabgeordneten der Partei DIE LINKE sehen darin einen Rückschritt in der Demokratieentwicklung in Europa. Das einzige Land, in dem nun noch ein Referen-

dum stattfinden wird, ist Irland - und auch das wahrscheinlich nur, weil dort die Regierung durch die irische Verfassung zu einem Referendum gezwungen wird.

DIE LINKE. im Europaparlament ist für die verpflichtende Einführung von Volksabstimmungen über Änderungen der Vertragsgrundlage der Europäischen Union

Pro Referendum, weil:

* durch die Kampagnen für ein Ja oder ein Nein das Wissen der Bürgerinnen und Bürger über die Europäische Union vertieft würde,

* die Menschen direkt dazu beitragen könnten, dass sich Europa in eine Richtung entwickelt, die sie selbst wünschen,

* durch diese demokratische Mitentscheidung die Identifikation der Menschen mit der Europäischen Integration wachsen könnte,

* die wachsende Entfremdung der Menschen von „Brüssel“ aufgehoben werden könnte,

* die europäischen Institutionen gezwungen wären, sich stärker an den Zielen und Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren,

* wir als Linke eine Gelegenheit hätten, uns in unserer eigenen Kampagne für eine Europäische Union einzusetzen, die Krieg als Mittel der Politik ablehnt, die die sozialen Bedürfnisse ihrer Bevölkerung nachhaltig schützt und mit dem notwendigen ökologischen Umbau in Einklang bringt.

Für die Durchführung einer Volksabstimmung sammelt DIE LINKE zur Zeit Unterschriften, der Text für die Unterschriftensammlung lautet:

Für die Durchführung einer Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag) in der Bundesrepublik Deutschland!

Ich fordere:

1. In der Bundesrepublik Deutschland wird eine Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon (EU-

Reformvertrag) durchgeführt.

2. Der Deutsche Bundestag soll die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen.

3. In Vorbereitung des Referendums sind umfassende, verständliche und aufklärende Informationen der Bürgerinnen und Bürger über den Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag) zu sichern.

Unterschriftenlisten liegen in der Geschäftsstelle Blumenstraße und den Wahlkreisbüros in Halle aus bzw. können dort abgeholt werden. Unter der Internetadresse

www.die-linke.de kann auch online unterschrieben werden. Die Unterschriften sollen bis 28. März 2008 gesammelt werden.

rls
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Veranstaltungen in Halle

12.03.2008, 15.00 Uhr

Bürgerhaus „alternativ“,

Gustav-Bachmann-Str. 33

Lesung des Schriftstellers Eberhard Saage

„Der ruhende Löwe“

(Aus einer Trilogie zur DDR-Geschichte)

18.03.2008, 14.30 Uhr

Blumenstraße 16, Halle

„Russland und Putin“

Referentin: Prof. Dr. Helga Heerdegen-

Watzin (Leipzig)

24.03.2008, 20.00 Uhr

Cafe Bio Hope

„Argentinien - aktuelle Zustände und Entwicklungen“

04.04.2008, 14.00 Uhr

Bürgerhaus AlternativE

Gustav-Bachmann-Str. 33

„Humanistische Lebenskunde - eine Alternative zum Religionsunterricht“

Einen schönen Gruss an die Kolleginnen und Kollegen von ver.di

Mann der Arbeit, aufgewacht,
und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
wenn dein starker Arm es will.

Bundeslied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins,
Georg Herwegh, 1863

Für Löhne, von denen man Leben kann!

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail: info@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

06.03.2008

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 20.03.2008

Aktuelle Programmdiskussion

Die Sache ist nicht vom Tisch

Erklärung von Politikerinnen und Politikern der LINKEN

Den Ausschluss der Abgeordneten Christel Wegner aus der Fraktion DIE LINKE in Niedersachsen halten wir für konsequent und richtig. Die Position, bei der Errichtung einer anderen Gesellschaftsform sei ein solches „Organ“ mehr oder weniger unverzichtbar, ist für eine moderne demokratische Linke so oder so nicht akzeptabel. Mit der Klarstellung der Spitzen von Partei und Bundestagsfraktion halten wir die Angelegenheit jedoch nicht für erledigt und warnen davor, sie für erledigt zu erklären. Zudem finden wir es aber auch künftig richtig, dass DIE LINKE bei Bundestags- und Landtagskandidaturen nicht nur auf Mitglieder aus den eigenen Reihen, sondern auch auf parteilose Kandidaturen für ihre offenen Listen zurückgreift, wenn diese sich an den programmatischen Grundlagen unserer Partei orientieren.

Die aktuellen innerparteilichen Diskussionen um die Äußerungen von Christel Wegner machen deutlich, dass es in der LINKEN einen programmatischen Diskussions- und Klärungsbedarf gibt. Das zeigt sich nicht nur in manch entschuldigendem Zungenschlag, der das Hauptproblem weniger in dem sieht, was Christel Wegner gesagt hat als vielmehr darin, dass sie „übereumpelt“ und ihre Aussagen manipuliert worden seien. Wir teilen zwar, dass bei der medialen Widerspiegelung dieser Debatte auch der Versuch eine Rolle spielte, eine verbreitete „Kommunistenfurcht“ wahltaktisch gegen DIE LINKE zu mobilisieren. Das ist aber aus demokratisch-sozialistischer Perspektive lediglich ein Randproblem. Für gravierender halten wir, dass das Verständnis von Sozialismus, das sich in ihren Aussagen widerspiegelt, offenbar keinen Hinderungsgrund für eine

Kooperation darstellte.

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und der Bruch mit dem Stalinismus waren konstituierende Merkmale der Quellpartei PDS, die für uns auch in der neu entstandenen Partei DIE LINKE zu den programmatischen Grundlagen zählen. Die Vorstellungen von einem autoritären Staatssozialismus waren jedoch nicht nur Markenzeichen der SED und ihrer östlichen „Bruderparteien“. Sie existier(t)en in unterschiedlichen Spielarten auch im anderen Teil Deutschlands, ebenso wie sie in anderen Teilen der Welt zu finden sind. Der Umstand, dass manche ihrer AnhängerInnen deshalb Opfer staatlicher Repressionen wurden (wogegen wir aktiv kämpfen), befreit aber weder sie noch uns von der Notwendigkeit, die Lehren aus dem Zusammenbruch des Realsozialismus zu ziehen. Wir sehen daher die Geschichtsdebatte der Quellpartei PDS nunmehr endgültig und ein für allemal auch im Westen angekommen. Wir meinen, dass sie unbedingt ein zentraler Gegenstand der vor uns liegenden Programmdebatte sein muss.

Unsere Partei DIE LINKE steht für einen gesellschaftlichen Veränderungsprozess, der eine grundlegende Demokratisierung und die Entfaltung des emanzipatorischen Potenzials der Gesellschaft zum Gegenstand hat. Dabei steht nicht ein abstraktes „Großes und Ganzes“ im Mittelpunkt unserer Kämpfe - Anknüpfungspunkt eines solchen Veränderungsprozesses ist der einzelne Mensch und seine Würde, als soziales Individuum und als Citizen. Wir bestehen darauf, dass soziale Rechte und demokratische Teilhabe aus demokratisch-sozialistischer Perspektive zwei Seiten ein

und derselben Medaille sind. Genau wie umgekehrt die von uns bekämpften aktuellen Tendenzen zunehmender Entsozialisierung und Unterwerfung immer weiterer Bereiche der Gesellschaft unter das Primat des Shareholder Value mit der Einschränkung demokratischer Grundrechte, der Abkehr von liberal-demokratischer Rechtsstaatlichkeit dem Trend zu einer präventiven Sicherheitsstaatlichkeit Hand in Hand gehen.

Für uns sind Freiheit und Gleichheit, Demokratie und Sozialismus nicht teilbar oder gegeneinander aufzurechnen. Wir meinen, dass eine plurale LINKE allen Streit über konkrete Wege und Alternativen vor dem Hintergrund einer klaren Übereinstimmung ausmachen muss: Dass jede Art von Sozialismus für uns die Existenz von „Organen“, „Komitees“ und „Diensten“ ausschließt, die über „richtig“ und „falsch“ von Positionen und Sichtweisen entscheiden und daran die Befugnis zu Repression und Unterdrückung knüpfen.

Für uns ist diese Frage zentral, weil sie den Umgang mit den Lehren aus der Geschichte des bürokratischen Parteikommunismus betrifft. Hier geht es nicht vornehmlich um unser Verhältnis zur DKP oder der von ihr mehrheitlich vertretenen Verklärung des Staatssozialismus. Es geht um unsere eigene Geschichte und die zentrale Verbindung von Sozialismus und Demokratie: Das Grundverständnis von Sozialismus - das ist für uns der Kern der Auseinandersetzung. Und die Relativierung dieses Zusammenhangs mit Bezug auf historische Abläufe ist kein Markenzeichen anderer Parteien mit (auch) parteikommunistischen Wurzeln, sondern nach wie vor eine auch in Teilen unserer Partei DIE

LINKE vertretene Sichtweise. Die Angelegenheit ist daher keinesfalls vom Tisch. Wir werden daher auf einem Bundesparteitag mit einem Antrag die Debatte einfordern.

Sabine Berninger, MdL, Vorsitzende Stadtverband DIE LINKE. Arnstadt; Mitglied Landesvorstand DIE LINKE. Thüringen, Steffen Bockhahn, Stellv. Landesvorsitzender, DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, Katalin Gennburg, Bundessprecherin des Jugendverbandes Linksjugend [solid], Dominic Heilig, DIE LINKE. Berlin, Stefan Hartmann, Grundsatzkommission DIE LINKE. Sachsen, Matthias Höhn, MdL, Landesvorsitzender DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, Jan Korte, MdB, Parteivorstand, Caren Lay, MdL, Parteivorstand, Parlamentarische Geschäftsführerin, Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender DIE LINKE. Berlin, Mi-

chael Leutert, MdB, DIE LINKE. Sachsen, Kerstin Liebich, DIE LINKE. Berlin, Stefan Liebich, MdA, Stellv. Fraktionsvorsitzender, Falk Neubert, MdL Sachsen, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Weißeritzkreis, Sebastian Scheel, MdL Sachsen, Halina Wawzyniak, Parteivorstand, Vorsitzende DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg, Thomas Westphal, Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen

Die Erklärung kann unter der Internetseite www.forum-ds im Internet nachgelesen werden. Alle Mitglieder des Stadtverbandes sind aufgerufen, sich an der Programmdebatte in unserer Partei aktiv zu beteiligen. Das Linke Blatt wird in seinen nächsten Ausgaben Beiträge zur Programmdiskussion veröffentlichen. Gern drucken wir auch Meinungen und Beiträge aus dem halleischen Stadtverband hier ab.

Dank an Michael Finger

(sk) Am 1. März fand in Merseburg der Parteitag des Kreisverbandes DIE LINKE Saalekreis statt.

Der Parteitag dankte Michael Finger für seinen engagierten Einsatz im Oberbürgermeisterwahlkampf in Merseburg. Zum Schluss fehlten ihm 3 Stimmen, um in die Stichwahl zu gelangen. DIE LINKE im Saalekreis wird in der Stichwahl den SPD-Kandidaten Steffen Eichner unterstützen. Gedankt wurde auch Steffen Eigenwillig, der für DIE LINKE in Bad Dürrenberg antrat.

Der Kreisverband steht in den kommenden Wochen vor der Herausforderung, dass in einer Vielzahl von Orten Kommunalwahlen durchgeführt werden. Diskutiert wurde unter anderem, wie unter der angespannten Finanzlage unserer Partei die zahlreichen Wahlen gemeistert werden können.

Zu den in den vergangenen Wochen an die Öffentlichkeit getretenen Differenzen in der Kreistagsfraktion erklärten Klaus-Dieter Iffarth und Angelika Hunger, dass dies dem Zusammenwachsen von 2 Landkreise und eben auch 2 linken Kreistagsfraktionen geschuldet sei. Unterschiedliche Arbeitsweisen und Diskussionskulturen müssten eben erst unter einen Hut gebracht werden. Sie versicherten, die Kreistagsfraktion sei auf einem guten Weg, bestehende Differenzen auszuräumen, um zukünftig zu verhindern, dass Meinungsverschiedenheiten „medial ausgeschlachtet“ werden können.

Die Bundestagsabgeordneten Jan Korte und Roland Claus boten dem Kreisverband in ihren Grußworten eine enge Zusammenarbeit an und berichteten von ihrer Arbeit im Bundestag.

Als Delegierte zum Bundesparteitag wurden Klaus-Dieter Iffarth und Sandra Heiss gewählt.



KARRIEREBEWUSST? FLEXIBEL? IM ARBEITSWAHN? ARBEITSLOS? MÜSSIGGÄNGER? ÜBERFORDERT? PREKARIAT? AUF JOBSUCHE?

Die Zeit der Stechuhren, Ärmelschoner und lebenslangen Anstellung ist vorbei. Stattdessen erwarten uns befristete Jobs, Selbstständigkeit, Projektarbeit, ständiges Dazulernen und eben auch Phasen der Erwerbslosigkeit. Die Krise der Arbeitsgesellschaft zwingt uns, Dinge auf andere Weise zu betrachten als bisher. Welche Rolle spielt die Arbeit in unserem Leben? Gibt es überhaupt noch Arbeit für alle, und wenn ja, welche? Gemeinsam mit der Heinrich Böll Stiftung Sachsen Anhalt lädt das Thalia Theater Halle im Rahmen des Projekts „An die Arbeit!“ zu folgender Veranstaltung ein. Radio Corax überträgt alle Vorträge live in Halle auf UKW 95,9 MHz.

Dienstag, 25.03.2008 um 19:00 Uhr

Thalia Theater Halle (Puschkinhaus)

Kardinal-Albrecht-Str. 6, 06108 Halle (Saale)

WELFARE WITH OUT WORK?

Zur Zukunft des Sozialstaates spricht Dirk Jacobi, Sozialwissenschaftler und Promovend am Graduiertenkolleg „Die Zukunft des europäischen Sozialmodells“. Jacobi ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Netzwerk Grundeinkommen und beschäftigt sich seit langem mit Perspektiven und möglichen Effekten der verschiedenen Modelle eines garantierten Grundeinkommens.

Buchtipps:

Führer durch Halle-Neustadt

Der Halle-Neustadt-Führer bietet in ungewöhnlicher Aufmachung ganz persönliche Einblicke in eine Stadt, die als einzigartiges Freiluftmuseum bezeichnet werden kann. Das Buch über die größte Planstadt der DDR ist auch von überregionalem Interesse. Mit zahlreichen historischen und aktuellen Abbildungen, textlichen Erläuterungen sowie Besichtigungsrouten durch das Stadtgebiet.

Die Herausgeber:

Markus Bader arbeitet seit 1999 in den Sparten Stadtplanung, Architektur, Aktion und Partizipation; von 2002 bis 2004 Mitautor einer Stadtentwicklungsstudie für Halle-Neustadt.

Daniel Herrmann Dipl. Fotograf, Studium der Medien- und Kommunikationswissenschaft;

Gründungsmitglied von Kultur/Block e.V.; Projekte: „Neustadt/Niedersachsenplatz“, „Neuhaus“ und „beautifulNeustadt“

Markus Bader/Daniel Herrmann (Hg.) „halle-neustadt führer“ mdv, 120 Seiten, PVC-Br., Farbige Karte mit vielen Details,

ISBN 978-89812-399-0,

Preis: 8,90 •

Isabel Allende

„Inés meines Herzens“

Ein großer Roman über eine faszinierende Frau, die sich in der Zeit der Eroberung Südamerikas ihren Platz in der Welt erkämpft. Eine Frau - temperamentvoll, mutig, leidenschaftlich -, wie Isabel Allende sie farbiger und kraftvoller nicht hätte erfinden können. Und doch ist sie eine historische Figur mit einer ebenso wahren wie abenteuerlichen Geschichte. Ungeduld des Herzens

treibt Inés Suárez aus ihrer spanischen Heimat auf die gefährliche Reise in die kürzlich entdeckte Neue Welt. In ihrem Drang nach einem vollen, uneingeschränkten Leben gelangt sie nach Peru und begegnet dort Pedro de Valdivia, einem charismatischen Feldherrn aus dem Heer des Francisco Pizarro. In ihm findet sie die beglückende und schmerzhaftige Liebe ihres Lebens. Gemeinsam brechen sie zur Eroberung Chiles auf, der einzigen Gegend des südamerikanischen Kontinents, die noch nicht von Spaniern unterworfen und besiedelt wurde. Gemeinsam werden die Liebenden die Stadt Santiago gründen und in erbitterten Kämpfen verteidigen. Doch Pedros kriegerischer Ehrgeiz, durch nichts aufzuhalten, und der feste Wunsch von Inés, Bleibendes zu schaffen, führen das Liebespaar schließlich auf getrennte Wege. Inés wird Pedro überleben und ein neues Kapitel ihres Lebens aufschlagen. Dieser mitreißende Roman, wirklichkeitsnah und voller Erfahrung, wird alle begeistern, die Isabel Allendes Bücher „Das Geisterhaus“ und „Paula“ lieben. Nie zuvor hat die Autorin in einem Roman so ernst und eindringlich von Liebe, Verlust, Treue erzählt wie hier, und davon, was es heißt, in widrigen Zeiten zu sich selbst zu stehen.

Isabel Allende „Inés meines Herzens“, Suhrkamp Verlag 2007, 397 Seiten, gebunden, 19,80 •.

(ISBN 978-3-518-41930-4)

**Gedenken der
Märzgefallenen
Sonntag,
16. März 2008
10:00 Uhr
Friedhof Ammendorf**

Von Müllstation zu

Größenwahn

Punk in der halleschen Provinz

Verweigerung und Exzess gegen den grauen Alltag des Ostens - das ist Ostpunk. Zu Beginn der 1980er Jahre ist Punk als jugendkultureller Stil auch in der DDR Provinz angekommen. 1983 findet in Halles Christuskirche das erste Punkfestival der DDR statt, zu dem schrille Gestalten aus der ganzen Republik anreisen. Der Staat muss sich auf Kontrolle und Lenkung beschränken, denn seinen Organen gelingt es nicht, diesen Aufbruch der Jugend zu verhindern.

Herausgeber: Peter Gerlach und Moritz Götze, Bernd Lindner und Mark M. Westhusen „Von Müllstation zu Größenwahn, Punk in der halleschen Provinz“, Heft Nr. 11, Hasenverlag, Broschur, Format 20,0 x 14,8 cm, 100 Seiten, 67 s/w Fotos und 5 s/w Abb. ISBN: 978-3-939468-21-9 Preis: 10.00 •.

Das Buch erscheint anlässlich der Ausstellung „too much future / Punk in der DDR“ im Stadtmuseum Halle. Die Ausstellung ist noch bis zum 23. März 2008 zu sehen.

Die Broschüre kann über den Verlag & Verlagsservice, Fa. Rüdiger Schneidewind, Germarstr. 6, 06112 Halle, Telefon Halle 5170956 oder über das Internet kontakt@verlag-schneidewind.de bezogen und bestellt werden. Lieferung innerhalb von Halle ohne Versandkosten.

Auch in diesem Jahr wird die Ehrung des „Blutfreitag von Halle“ an der Gedenktafel in der Burgstraße stattfinden.

Zum 83. Jahrestag der Ermordung von 10 Genossen, darunter Fritz Weineck, der „Kleine Trompeter“, treffen wir uns am 15. März, 11 Uhr an genannter Stelle.